

FORUM

Politische Bildung und Polizei

Heft 1/2021

Britta Schellenberg, Bernhard Frevel (Hrsg.)

Rassismus- und Rechtsextremismus-
bekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei:
Ermittlungsarbeit und Opferschutz

Verlag für Polizeiwissenschaft

ISSN 2699-8645

Vorwort zur Schriftenreihe

Die vorliegende Schriftenreihe „Forum Politische Bildung und Polizei“¹ wird im Kontext des von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) geförderten und von der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) sowie der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW) durchgeführten Modellprojekts „Politische Bildung und Polizei“ publiziert. Hier werden insbesondere die im Projekt durchgeführten Tagungen dokumentiert, wobei es sich vornehmlich um folgende Formate handelt:

- Neben „größeren“ Gesprächsforen, die einen thematischen Schwerpunkt setzen, werden in dem Modellprojekt
- „kleinere“ Fachforen angeboten. Hier stehen methodisch-didaktische Aspekte der konkreten polizeilichen Bildungsarbeit im Fokus.

Die Foren dienen der Schaffung von Dialogräumen sowie der Ermöglichung und Unterstützung der Netzwerkarbeit auf den Ebenen von Organisationen (polizeiliche und nichtpolizeiliche Bildungseinrichtungen, Polizeibehörden, Einrichtungen der Zivilgesellschaft etc.) und/oder Personen (z.B. Lehrende aus den Bereichen Polizei, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, Multiplikator*innen) der politischen Bildungsarbeit.

Entsprechend möchte die Schriftenreihe „Forum Politische Bildung und Polizei“ den inhaltlich-fachlichen sowie methodisch-didaktischen Austausch zwischen polizeilichen und nichtpolizeilichen Akteur*innen anregen und

unterstützen. Mit der Zeitschrift soll ein Rahmen für die Reflexion über die politische Aus- und Fortbildung der Polizei geschaffen werden, innerhalb dessen gerade auch interdisziplinäre sowie interorganisationale Aspekte und Potentiale im Bereich der polizeilich-politischen Bildungsarbeit thematisiert werden sollen.

Herausgegeben wird die Reihe von einem interdisziplinär besetzten Arbeitskreis „Politische Bildung und Polizei“, welcher die Projektarbeiten begleitet. Sie richtet sich an Lehrende polizeilicher Bildungseinrichtungen, Angehörige staatlicher und freier Träger der politischen Bildungsarbeit, Polizeibeamte*innen aller Laufbahngruppen, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Wissenschaft, Auszubildende und Studierende der Polizei sowie grundsätzlich an alle, die am Thema „Politische Bildung und Polizei“ interessiert sind.

¹ *Zitationshinweis:* Arbeitskreis Politische Bildung und Polizei (Hrsg.) (2021): Forum Politische Bildung und Polizei. Nr. 1 (hrsg. von Schellenberg, B./Frevel, B.): Rassismus- und Rechtsextremismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei: Ermittlungsarbeit und Opferschutz.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Britta Schellenberg und Bernhard Frevel

Polizeiliche Bildung als Schlüssel – Rechtsextremismus- und Rassismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei. Positionspapier zum Maßnahmenkatalog „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ der Bundesregierung
Arbeitskreis Politische Bildung und Polizei

Rassistisch und antisemitisch motivierte Straftaten. Von der polizeilichen Ermittlung bis zum Gerichtsurteil
Hendrik Cremer

Vorurteils kriminalität. Konzept, Befunde und Probleme der polizeilichen Erfassung
Eva Groß und Joachim Häfele

Opferschutz und die Bedeutung der (Opfer-)Zeuginnen für die polizeiliche Ermittlungsarbeit im Bereich Rassismus, Antisemitismus und Hasskriminalität
Britta Schellenberg und Martin Thüne

Polizisten als Kriminelle und das Schweigen der Dienstgruppe. Zur Homöostase einer moralinübersäuerten Institution
Martin Herrnkind

Professionelle Verdachtsschöpfung? Varianten von
Rassismus erkennen und benennen

Roman Thurn, Hartmut Aden und Alexander Bosch

Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus in der
Polizei – Herausforderungen und mögliche Reaktionen

Sarah Stein und Carsten Dübbers

Autorinnen und Autoren

Editorial

Britta Schellenberg und Bernhard Frevel

„Rassismus- und Rechtsextremismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei“ lautet das Jahresthema 2021 der Zeitschriftenreihe „Forum Politische Bildung und Polizei“. Das Thema ist brisant und gleichwohl dynamisch. Es lädt zu einer perspektivenreichen Betrachtung ein.

Wir legen zwei Zeitschriftenhefte vor: Themenheft 1 widmet sich mit dem Titel „Ermittlungsarbeit und Opferschutz“ der polizeilichen Praxis. Themenheft 2 diskutiert zielführende Eckpunkte für die „Aus- und Fortbildung“ in der pluralen Demokratie.

Für das Vorhaben haben wir Autor*innen aus Forschung, polizeilicher Praxis, Innenministerien und Bildungspraxis gewonnen. Sie stellen uns aktuelle Daten und Befunde wissenschaftlicher Studien vor, mal loten sie theoretische und methodische Zugänge zur Einordnung oder Erklärung von Bearbeitungsschwierigkeiten aus, mal argumentieren sie auf der Grundlage von Analyse und Beobachtung aus der polizeilichen Praxis. Dabei sind die Perspektiven, die sie aufmachen ebenso vielfältig wie die Perspektiven, die sie einnehmen.

Ziel der Zeitschriftenhefte ist es somit „Rassismus- und Rechtsextremismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei“ zu durchleuchten, um Phänomen, Umgangsweisen und Herausforderungen besser zu verstehen. Mit diesen Grundlegungen soll zudem auch die Entwicklung effektiver

Handlungsstrategien weiter angeregt und ein Beitrag zur zeitaktuellen Professionalisierung und innovativen Weiterentwicklung polizeilicher Praxis geleistet werden. Gleichwohl möchten wir unsere Leser*innen zur weiteren kritisch-konstruktiven Diskussion rund um das Themenfeld Rassismus – Rechtsextremismus – Polizei anregen.

Im ersten Heft lenken wir in den ersten drei Beiträgen den Blick auf die aktuellen gesellschafts-politischen Herausforderungen sowie auf die rechtlichen Instrumente und konzeptionellen Zugänge der Polizeiarbeit und besprechen von hier aus Anforderungen für die professionelle Praxis. In den drei folgenden Aufsätzen richten wir den Blick ins Innere der Polizei, markieren problematische Muster und Handlungsweisen und diskutieren von hier aus aktuelle Herausforderungen für die professionelle Arbeit.

Nach der hier im *Editorial* vorgenommen kurzen Übersicht über die Inhalte dieses Themenhefts finden Sie die Stellungnahme „Polizeiliche Bildung als Schlüssel – Rechtsextremismus- und Rassismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei“ des *Arbeitskreises „Politische Bildung und Polizei“*. Sie ist in einem intensiven Schreib- und Aushandlungsprozess im Jahr 2020/21 entstanden. Urheber*innen und Unterzeichner*innen sind die Mitglieder des Arbeitskreises, der interdisziplinär ist sowie sich aus polizeilichen Akteur*innen und nicht-polizeilicher Wissenschaft, Instituten und gesellschaftlichen Akteur*innen zusammensetzt.

Der erste Fachartikel des Heftes führt in den rechtlichen Rahmen der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus ein. *Hendrik Cremer* vom Deutschen Institut für Menschenrechte verdeutlicht in seinem Beitrag die Bedeutung und die Rolle der Polizei und Justiz bei der Erfassung, Verfolgung und Ahnung von rassistisch und

antisemitisch motivierten Straftaten. Indem er aktuelle rechtliche Änderungen aufzeigt und den Weg von der polizeilichen Ermittlung zum Gerichtsurteil nachzeichnet, werden – oftmals in der Praxis noch wenig bekannte – Ankerpunkte für eine effektive Strafverfolgung und Ahndung sichtbar.

Eva Groß von der Akademie Polizei Hamburg und *Joachim Häfele* von der Polizeiakademie Niedersachsen in Oldenburg richten den Blick auf das Thema „Vorurteils kriminalität“. In ihrem Artikel stellen sie das Konzept vor, präsentieren aktuelle Daten, Forschungsbefunde und Studien und markieren Forschungsdesiderata. Ein weiterer Verdienst des Artikels ist, dass er konstruktiv gegenwärtige Probleme der polizeilichen Erfassung verdeutlicht und auch Verbesserungsmöglichkeiten benennt.

Britta Schellenberg von der Ludwig-Maximilians-Universität München und *Martin Tüne* von der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Polizei in Meiningen betrachten aktuelle Anforderungen für die polizeiliche Ermittlungsarbeit im Themenfeld Rassismus, Antisemitismus und Hasskriminalität. Aus Perspektive der polizeilichen Praxis und der Forschung erläutern sie, warum bei den Ermittlungen den (Opfer-) Zeug*innen und dem Opferschutz eine besondere Bedeutung zukommt. Auch wird gezeigt, warum die Bedrohungslage für potentielle Opfer und Gesellschaft bei diesem Kriminalitätsphänomen hoch ist.

Martin Herrnkind von der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Schleswig-Holstein widmet sich dem brisanten Thema „Delikte im Dienst“. Mit Verweis auf Erfahrungen im Betrieb Polizei und aktuelle politische und polizeiliche Debatten stellt er die Frage, warum eine kritische Auseinandersetzung mit problematischen

individuellen und institutionellen Verhaltensweisen und Abläufen zu selten gelingt. In Anlehnung an Pierre Bourdieu beschreibt er die Polizei als soziales Feld mit eigenen Sozialisationsbedingungen und Habitus. Schritt für Schritt seziert er so die „Homöostase einer moralinübesäuerten Institution“. *Roman Thurn* von der Ludwig-Maximilians-Universität München, sowie *Hartmut Aden* und *Alexander Bosch*, beide von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Forschungsinstitut für öffentliche und private Sicherheit, widmen sich dem in Deutschland bis heute noch oft tabuisierten Thema des institutionellen Rassismus. Dafür führen sie in die Begrifflichkeit und Bedeutung des individuellen, institutionellen und strukturellen Rassismus ein. Von hier ausgehend diskutieren sie polizeiliches Kontrollieren und Diskriminierungsrisiken als Praxis der Verdachtsschöpfung. *Sarah Stein* und *Carsten Dübbers*, beide von der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ im Ministerium des Innern des Landes NRW, beschreiben in ihrem Artikel den Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei, benennen Herausforderungen und skizzieren Reaktionsmöglichkeiten. Dabei machen sie verschiedene Handlungsfelder auf und beschreiben wichtige Zielrichtungen und Inhalte. Beide haben an dem im Herbst 2021 erschienenen Handlungskonzept zur Früherkennung, Entgegnung und Vorbeugung rechtsextremistischer Tendenzen in der Polizei NRW mitgewirkt.

Das Themenheft verdeutlicht, dass die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus zwar einerseits als eine selbstverständliche Aufgabe der Polizei gesehen wird, andererseits aber nicht unerhebliche organisationsinterne Strukturen und Prozesse hemmend auf die Aufgabenerfüllung wirken können. Dies stellt dann

besondere Herausforderungen an die (auch politische) Führung in der Polizei. Andererseits wird klar, dass die Qualifizierung der Polizei für diese Aufgabe gefordert ist. In dem thematisch zugehörigen Heft 2/2021 der Zeitschrift wird dieser Aspekt vertiefend betrachtet.

Polizeiliche Bildung als Schlüssel – Rechtsextremismus- und Rassismusbekämpfung als Arbeitsfelder der Polizei

Positionspapier zum Maßnahmenkatalog
„Bekämpfung von Rechtsextremismus und
Rassismus“ der Bundesregierung

Arbeitskreis Politische Bildung und Polizei

11. Februar 2021

Der Arbeitskreis „Politische Bildung und Polizei“ nimmt als Partner von Politik, Polizei, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Stellung zum Maßnahmenkatalog der Bundesregierung „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“, dessen Konkretisierung sowie zur Planung und Umsetzung polizeibezogener Maßnahmen auf lokaler, Landes- und Bundesebene.

Der Arbeitskreis

Der Arbeitskreis „Politische Bildung und Polizei“ begleitet seit 2019 das von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte und von der Deutschen Hochschule der Polizei

sowie der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW durchgeführte Projekt „Politische Bildung und Polizei“.¹

Er ist hervorgegangen aus dem Projektbeirat des gleichnamigen Vorgängerprojekts (2016 bis 2019). Während dessen Tätigkeit mit dem Projektabschluss endete, ist der Bestand des Arbeitskreises nicht an die Laufzeit des aktuellen Projekts (2019 bis 2021) gebunden. Konkret handelt es sich bei dem Arbeitskreis „Politische Bildung und Polizei“ um einen interdisziplinären Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen, politischen Bildner*innen, Angehörigen der Polizei, Lehrenden an polizeilichen Aus- und Fortbildungseinrichtungen sowie Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Als hochdynamisches Netzwerk verfügen wir damit über eine in Deutschland einzigartige Expertise, arbeiten unabhängig und in etablierten Strukturen.

Der Arbeitskreis „Politische Bildung und Polizei“

- entwickelt, begutachtet und unterstützt Maßnahmen und Programme zur Förderung der politischen Bildungsarbeit für die und in der Polizei im Sinne der Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung Deutschlands,
- veranstaltet in Kooperation mit anderen Träger*innen Tagungen zur Vernetzung von polizeilichen und nichtpolizeilichen Akteur*innen der politischen Bildung,²
- ist Herausgeber der Zeitschriftenreihe „Forum Politische Bildung und Polizei“,
- betreut die Datenbank „Politische Bildung und Polizei“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung,³
- berät Akteur*innen der politischen Bildung in Hinblick auf die spezifischen Anforderungen der polizeilichen Bildung und
- unterstützt die themenspezifische Forschung.